

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark  
Einzeltummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### Die Aufgaben der Gewerkschaftspolitik

Mit der Schlussabstimmung des Reichstages über die Besetze zur Durchführung des Londoner Abkommens in seiner Ektung am 29. August d. J. hat das Reparationsproblem ein neues Gesicht bekommen. Es hat heute keinen Zweck mehr, die Frage zu erörtern, ob die Lasten, die dem deutschen Volk nach dem sogenannten Dames-Gutachten, das ja die Grundlage des Londoner Abkommens bildet, auferlegt werden, erträglich sind. Auch wer sie für unerträglich hält, kommt nicht über die Tatsache hinweg, daß das deutsche Volk sich durch seine Regierung feierlich verpflichtet hat, alles, was in seinen Kräften steht, zu tun, um die im Dames-Gutachten von ihm verlangten Leistungen aufzubringen, und daß auch die zur Durchführung des Londoner Abkommens unmittelbar erforderlichen Besetze bereits vom Reichstag angenommen sind.

Worauf es heute ankommt, das ist, die richtige Lösung der Frage zu finden, wie die Lasten, die das deutsche Volk im Londoner Abkommen auf sich nehmen mußte, verteilt werden sollen. Der Kampf um diese Lastenverteilung wird zweifellos die innere Politik in den nächsten Monaten und Jahren beherrschen, und die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftspolitik wird es sein müssen, zu verhindern, daß die Reparationslasten einseitig den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung auferlegt werden.

Auf den ersten Blick könnte es zwar scheinen, als ob die internationalen Sachverständigen in ihrem Gutachten selbst bereits die Frage der Lastenverteilung beantwortet hätten. Bekanntlich sollen nach einer vierjährigen Übergangszeit die deutschen Zahlungen jährlich die Gesamthöhe von 2500 Millionen Mark erreichen, von denen 1250 Millionen in Form von indirekten Steuern und Zöllen, 650 Millionen aus Eisenbahnüberschüssen, 290 Millionen aus der Verkehrsbesteuerung und nur 300 Millionen aus Zinsen der Industrieobligationen aufgebracht werden sollen. Man könnte hieraus ohne weiteres schließen, daß von den 2500 Millionen 2200 vom Verbrauch, also im wesentlichen von der breiten Masse, und nur 300 vom Besitz getragen werden sollen.

Demnoch wäre es falsch, in diesen Zahlen bereits die Lösung des Problems der inneren Lastenverteilung zu erblicken. Neben den Reparationslasten müssen ja auch künftig die Steuern und Abgaben aufgebracht werden, die zum Ausgleich des inneren Staatshaushalts erforderlich sind und die naturgemäß in dem Maße ausgebaut werden müssen, als die bereits jetzt zur Erhebung gelangenden Abgaben für Reparationszwecke in Anspruch genommen werden. Diese künftige Ausgestaltung des Steuersystems haben aber die internationalen Sachverständigen in ihrem Gutachten ausdrücklich als Deutschlands eigene Angelegenheit bezeichnet. Allerdings enthält ihr Gutachten verschiedene Hinweise auf die Richtung, in der sich ihrer Ansicht die künftige Ausgestaltung der deutschen Steuererhebung zu erstrecken hätte. „Wir haben der Schlussfolgerung nicht entgegen können“, sagen sie, „daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Massen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klassen in anderen Ländern vergleichbar wäre.“

Bekanntlich haben die Vorstände der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen noch vor der Londoner Konferenz diese Kritik der Sachverständigen an der bisherigen deutschen Steuererhebung aufgegriffen und die Reichsregierung um Aufklärung darüber ersucht, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Wiederentlastungslasten in Angriff genommen worden sind. Die Antwort, die ihnen in mündlicher Aussprache von den zuständigen Ressortministern gegeben worden ist, ließ jedoch schon erkennen, daß die bereitete Reichsregierung nicht gewillt zu sein scheint, den Anregungen der Sachverständigen zu entsprechen. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther erklärte unumwunden, daß man den „Traum einer weiteren Erleichterung des Besitzes“ fahren lassen müsse und sich nennenswerte Ergebnisse von neuen oder verschärften Besteuerungen nicht versprechen dürfe. Vergewegenwärtig man sich weiter die unverhüllte Steuerlasten, die die Besitzenden in Deutschland während der ganzen Inflationszeit an den Tag gelegt haben und der Rechnung zu tragen die parlamentarischen Vertretungen der bürgerlichen Parteien sich nur allzu leicht bereit fanden, hält man sich ferner vor Augen, daß durch den Ausfall der letzten Reichstagswahlen der politische Einfluß der Besitzenden noch gemachert ist, so wird man sich der ersten Befürchtung nicht erwehren können, daß der künftige Ausbau der deutschen Steuer- und Zollgesetzgebung zur restlosen Abwägung der Reparationslasten auf die breite Masse der Verbraucher zu führen droht.

Der unmittelbare politische Kampf gegen die weitere steuerliche Schonung des Besitzes und gegen die Einführung von Schutzschöllen, die den Unternehmern die Abwägung der Reparationslasten auf die Verbraucher durch Hochhaltung der Inlandspreise ermöglichen würden, ist naturgemäß zu nächst Sache der politischen Parteien, die bereit sind, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der breiten Masse gegenüber dem Kapital zu vertreten. Eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften aber wird es sein, den parlamentarischen Vertretern dieser Parteien in den kommenden innerpolitischen Kämpfen das Gewissen zu schärfen und den Rücken zu stärken, nötigenfalls auch durch selbständiges Vorgehen außerhalb des parlamentarischen Regierung und Gesetzgebung zu zwingen, auf die Interessen der werktätigen Bevölkerung die gebührende Rücksicht zu nehmen. Damit ist aber die Aufgabe, die die Gewerkschaften zu lösen

haben, noch nicht annähernd erschöpft. Die Unternehmer können ja den ihnen zutommenden Anteil an den Reparationslasten nicht nur dadurch von sich abwälzen, daß sie die Steuererhebung zu ihren Gunsten beeinflussen oder die Einführung von Schutzschöllen erwirken, die es ihnen ermöglichen, sich an den Preisen ihrer Erzeugnisse schadlos zu halten, sondern sie werden vor allem auch in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber versuchen, durch Erhaltung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeiten die Reparationslasten ganz auf die Arbeiter abzubürden. Was die Angestellten und Arbeiter in dieser Hinsicht zu gewärtigen haben, dafür bieten die vergangenen Monate Beispiele in überreicher Zahl. Die wissenschaftlich aufgemachten Deutschschriften über die Lohnpolitik der Arbeitgeber und die Arbeitszeitfrage in Deutschland, die die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in den letzten Wochen herausgebracht hat, lassen überdies erkennen, daß man im Arbeitgeberlager sehr euschlossen ist, an der bisherigen Politik der Lohndrückerei und des Kampfes gegen den Achtstundentag festzuhalten. Es wäre eine eitle Hoffnung, zu erwarten, daß den Arbeitnehmern beim Abwehrkampf gegen diese Bestrebungen der Arbeitgeber von der Regierung und der Gesetzgebung wirksame Hilfe zuteil werden könnte. Bekanntlich hat der Reichsarbeitsminister selbst mit seiner Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember v. J. den Arbeitgebern den Weg zur Beilegung des Achtstundentages geebnet. Die seit einigen Monaten zu beobachtende Handhabung der Bestimmungen der Schlichtungsverordnung läßt außerdem erkennen, daß das Reichsarbeitsministerium auch vor dem Ansturm der organisierten Arbeitgeber gegen den sogenannten Zwangstarif tapfer zurückgewichen ist, daß also die Arbeiter von seiner Seite irgendwelche Hilfe im Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohndruck nicht zu erwarten haben. Ebensovienig wie auf die ihnen am nächsten stehende Reichsbehörde werden sie aber ihre Hoffnung auf den am 4. Mai d. J. gewählten Reichstag setzen dürfen, der, ganz abgesehen davon, daß eine gesetzgeberische Lösung der Lohnfrage überhaupt kaum möglich erscheint, auch in der Arbeitszeitfrage schmerzlich geneigt sein dürfte, den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen.

Gewiß haben die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen die Vorarbeiten für die Herbeiführung einer Volksabstimmung über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag aufgenommen, und man darf deshalb hoffen, daß, wenn Reichsregierung und Reichstag sich nicht bereit finden sollten, dieses Abkommen anzunehmen und ein seinem Inhalt entsprechendes Reichsgesetz zu erlassen, die von den Gewerkschaften getragene Volksabstimmung zu diesem Ziele führen wird. Trotzdem werden die Gewerkschaften in den nächsten Monaten und Jahren ihre ganze Kraft aufzubieten haben, um im Wege der Selbsthilfe die Absichten der organisierten Arbeiterschaft zu durchkreuzen.

Dieser gewerkschaftliche Abwehrkampf ist heute aufs äußerste erschwert durch die Ungunst der Wirtschaftslage, die ein Meer von Arbeitslosen hat entstehen lassen und die für die Unternehmer, denen die flüssigen Betriebsmittel fehlen, in jedem Falle eines Konflikts den Entschluß sehr leicht werden läßt, den Betrieb stillzulegen und auf diese Weise die Arbeitnehmer zu entzweifeln. Es besteht aber begründete Hoffnung, daß diese Wirtschaftskrise in nicht zu ferner Zeit einen günstigeren Geschäftsgang weichen wird. So unberechtigt es wäre, sich einer übertriebenen Hoffnungsfreude in der Beurteilung der künftigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft hinzugeben, so kann doch andererseits damit gerechnet werden, daß auf der Grundlage des Londoner Abkommens sich die Wirtschaftslage in Deutschland in absehbarer Zeit günstiger entwickeln wird. Dann wird die deutsche Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit mit Aussicht auf Erfolg in den Kampf um die Erhöhung ihrer Entlohnung und für die Verteidigung des Achtstundentages eintreten können, wenn sie rechtzeitig dafür gesorgt hat, daß ihre Gewerkschaften für diese Kämpfe gerüstet sind. Wer die glänzende Organisation des deutschen Unternehmertums kennt, kann nicht im Zweifel darüber sein, daß auch bei günstigerer Wirtschaftslage der Kampf noch schwer genug werden wird. Nur wenn die Angehörigen jeder Arbeitergruppe in ihrer Gewerkschaft einig und geschlossen zusammenstehen, und wenn sie auch bereit sind, Opfer für ihre Sache zu bringen, besteht Aussicht, den Sieg zu erringen.

Dr. Schweitzer

### Der Riese erwacht

Die Deutschen werden wieder fett.

In dieser trübseligen Zeit, wo selbst die Wighlätter nichts Beschäftigtes mehr zuwege bringen, bemüht sich ein englischer Zeitungsmann um die Aufheiterung seiner Mitmenschen. Das Ergebnis seiner Mühe sei hier stückweise wiedergegeben, weil wir wissen, daß unsere Leser drohliche Einfälle eines englischen Sancho Panza nicht verachten. Seine Erfindung wird von der Londoner Daily News am 23. September an erster Stelle gebracht, und damit die seltsame Neugierde ja von niemandem übersehen wird, werden ihr diese Überschriften wie die folgenden vorangestellt:

Der Riese erwacht.  
Vorbereitungen für einen gewaltigen Handelskrieg.  
Eine große europäische Macht auf neuem.  
Die Deutschen werden wieder fett.

Da man aus diesen Kopfschmerzen zwar schon einiges über die Pracht des deutschen Zustandes, aber doch noch nicht genug er-

fährt, seien ein paar Stellen aus dem Bericht des phantastischen Mistlers überetzt. So hat er in Deutschland gefunden:

Die Rückkehr (des guten Zustandes) vollzog sich mit Blitzesschnelle. Die Lage des unterernährten, elend bezahlten, schlecht gekleideten Deutschen hat sich, als eine Folge der Marktstabilisierung, um das Zehnfache erhöht. Jedermann ist jetzt besser gestellt als vor einem Jahre. Die Deutschen werden wieder fett, ein sicheres Zeichen — und sie geben es selbst zu — des fröhlichen Geistes und eines vollen Geldbeutels.

Aber den prächtigen Zustand, worüber der scharfsichtige Mistler berichtet, möchten wir uns freuen, wenn uns daran nicht einige Tatsachen hinderten. So hatten wir laut Reichsarbeitsblatt im September 700 000 Arbeitslose, deren es in Wirklichkeit noch viel mehr sind, dann allein unter den organisierten Arbeitern 900 000 Kurzarbeiter und ständig erhalten wir Lohnzettel, die einen Stundenlohn von 25, 30, 35 J für erwachsene Personen aufweisen. Erst kürzlich lafen wir wieder in einer amtlichen Mahnung an die Ärzte: „Im Laufe der letzten Monate haben sich die Todesfälle vermehrt, in denen besonders bei älteren Personen als Todesursache „Erschöpfung, Entkräftung, Abzehrung, Schwäche, Inanition“ usw. angegeben wurde. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß wenigstens ein Teil dieser Fälle auf direkten Verhungern aus Mangel als Folge wirtschaftlicher Not beruht.“ In den Zahlen der Arbeitslosen und in den niedrigen Stundenlöhnen wie in der amtlichen Mahnung drückt sich ein Meer von Armut, Sorge, Verzweiflung aus. Dessenungeachtet schreibt der englische Zeitungsmann, die Glendstage der Deutschen seien endgültig vorbei.

Ja, wie ist denn nur der schnelle Wandel vom tiefelenden Zustande zu dem Gipfel des Wohlbestehens, das der Sohn John Bull entdeckt haben will, gekommen? Man höre, was er über das verwickelte Phänomen zu sagen weiß:

Wenn doch britische Industrielle und Geschäftstele herüber nach Deutschland kommen wollten, sie würden Zeuge sein von den gewaltigen Vorbereitungen, die jetzt vorwärtsgetrieben werden zwecks Eroberung des Weltmarktes. Abordnungen von (englischen) Gewerkschaftern würde eine ebenso wichtige Wissenschaft zuteil werden.

Jetzt wie vor dem Kriege ist der Charakter des deutschen Arbeiters wie Schwabebeiser, so geschmeidig und biegsam, dazu mit etwas von der schließlichen Härte dieses Metalls. Disziplin, Mühseligkeit, Unterwürfigkeit, Rechtsgefälligkeit (servility) — wenn man dieses Wort vorziehen will — bleiben die hervorstechendsten Eigenschaften. Seine (des deutschen Arbeiters) Bieligkeit in der Hand des Unternehmers ist zum Teil dem Bewußtsein zuzuschreiben, daß der Staat ihn noch vor Ausbeutung schützt, zum Teil der Vorstellung, daß das kapitalistische System ohne Disziplin arbeitsunfähig ist.

Der deutsche Arbeiter bleibt aber weiter akademisch Sozialist, aber er ist gleichzeitig bereit, mit dem Kapitalisten zusammenzuarbeiten, um das Äußerste aus dem Kapitalismus zu ziehen — mit anderen Worten, er ist bereit, den Kapitalismus zu einem Erfolg zu machen. Ich erinnere mich nicht eines einzigen Streiks von einiger Bedeutung in den letzten 18 Monaten im unbesetzten Deutschland. Der deutsche Arbeiter betrachtet die Methode der Arbeitsstreikung (caccanny) als selbstmörderisch.

Da wird von deutschen kapitalistischen Blättern dem deutschen Arbeiter immerfort der ausländische Arbeiter als Muster vorgehalten: besonders der englische Arbeiter sei patriotisch, finde sich mit seinen Unternehmern einträchtig zusammen, stelle seine Forderungen zurück, wenn es gelte, die britische Wirtschaft wettbewerbsfähig, das britische Imperium allmächtig zu machen — right or wrong, my country! — Und nun wird dem deutschen Unternehmertum von einem Engländer selbst gesagt, daß es die gehorsamsten, fleißigsten, treuergebenen, arbeitsteiligsten, das kapitalistische System bereitwillig fördernden Arbeiter habe. Jetzt soll uns ein deutsches Unternehmerrblatt noch einmal von widerpenstigen oder kapitalistenfeindlichen Arbeitern schwätzen!

Wir als Gewerkschafter können weiter nichts tun, als über die Schilderung des englischen Mistler lachen, da sie eins von jenen Märchen ist, die jenseits der ersten Betrachtung liegen. Der gute Mann erinnert sich nicht einmal eines einzigen Streiks in den letzten anderthalb Jahren! Dabei haben wir in der ersten Hälfte von 1924 allein 96 Ausstände mit 318 000 beteiligten wegen der Arbeitszeit (Achtstundentag) gehabt. Und die Metallindustrie im besonderen hat in dem halben Jahr keinen Tag ohne Streik gesehen. Wir erinnern nur an den monatelangen Kampf der Westarbeiter, an den in Leipzig, in Mannheim usw., wo jedesmal 10 000 bis 40 000 streikten.

Die Freude über die himmlische Erfindung des Mistler — John Segruer heißt der Brabe — darf nicht die Tatsache übersehen lassen, daß die Sache einen sehr ernsten Hintergrund hat, vielleicht weniger für uns als für die englische Arbeiterschaft. Wie das gemeint ist, deuten die Schlusszeilen des Aufzuges in der Daily News an:

Die britische Industrie, Unternehmer und Arbeiter in gleichem Maße, haben nötig, wachsam, aktiv, hilfsmittelreich zu sein, wenn der große deutsche Handelsweltlauf pariert werden soll.

Auf diesen Gedankengang ist sozusagen der ganze Aufsatz gestimmt. Man kann getrost annehmen, daß der Zeitungsmann seine Phantasie hat spielen lassen müssen, um — wie einst — bei den britischen Arbeitern den Glauben an eine deutsche Gefahr zu entfachen, um sie zu bestimmen, daß sie ihre „sozialistischen Mucken“ sein lassen, sich nicht mehr gegen die Auspressung der deutschen Arbeiterschaft durch die Sieger wenden und nicht mehr wider den kapitalistischen Stachel löden. Zu diesem Zwecke wird der deutsche Arbeiter als unterwürfig, treuschuldig, kapitalistisch gestimmt dargestellt und dem britischen Arbeiter als Vorbild hingehalten.

Wir müßten uns sehr täuschen, wenn das Phantasiengebilde des Zeitungsmannes nicht eine Rolle in dem wahrscheinlichen

Wahlkampf spielen wird. Die alten Parteien brauchen ein Schreckgespenst, um unter der britischen Arbeiterschaft Verwirrung und Zweifel an der Richtigkeit der Politik ihrer Arbeiterregierung zu entfachen. Womöglich hat Mister Segre den ausdrücklichen Auftrag erhalten, die Enten in Verlin zu schießen, damit die beiden alten Parteien etwas Futter für die Wähler haben. Auf diesen Zweck der Übung weist übrigens auch die Tatsache hin, daß Lloyd George die Enten drei Tage nachdem sie auf dem Papier des Londoner Blattes erschienen, in einer Verammlung in Portsmouth aufhängen ließ.

Solche Täuschungsversuche, wie sie jetzt wieder einmal an den englischen Arbeitern gemacht werden, sind ja bekanntlich auch in Deutschland nichts Neues. Und unsere Schwindelmeister sind nicht weniger dumm und plump wie ihre britischen Kollegen. Wie es bei uns getrieben wird, sei an einem Beispiel aus den allerletzten Tagen gezeigt. In einem Blatte, das vom Unternehmerrunde ausgeht, wird, um deutsche Arbeiter soweit zu verblöden, bis sie eitergelb sind, bringt — genau wie die Daily News — an seiner Spitze einen mit Druderschwarz augenfällig gemachten Aufsatz mit der Überschrift: Arbeiter-Nationalist, worin folgender Unsinn vorgetragen wird:

Macdonald, der Führer der englischen Arbeiterpartei und jetziger Ministerpräsident, hat einmal gesagt, daß der Arbeiter schon aus Selbstachtung „Nationalist“ sein müsse. Dieses Wort des englischen Arbeiterführers zeichnet treffend die grundsätzliche Einstellung der englischen „Sozialdemokratie“...

Diese Worte... zeigen den großen Unterschied zwischen der Arbeiterbewegung des Auslandes und der Deutschlands. In Deutschland sind die Sozialdemokratie und die drei schwarz-rot-gelben (republikanischen) Gewerkschaftsrichtungen mehr oder weniger passiv eingekesselt. Im Ausland und besonders in England ist das Gegenteil der Fall... Die deutsche Arbeiterbewegung muß sich erst diesen (englischen) Nationalist erklären...

ernsten Blat, dem eine lange Reihe gleicher Art beigelegt werden könnten, mögen unsere englischen Genossen ersehen, daß auch wir in Deutschland Schwindelmeister genug haben. Nur können sie bei uns vielleicht nicht jodeln Unheil stiften, weil die kapitalistischen Blätter von unsern Arbeitern weniger gelesen werden. Und in den Wahlversammlungen unserer Städte und Industrieorte können die Enten schlecht losgelassen werden, weil da die Luft zu dick ist.

### Zielbewußt oder wandlungsfähig?

J. W. Das ist die Frage, die gestellt werden muß, wenn man sich mit der Gewerkschaftsarbeit der kommunistischen Partei beschäftigt. Daß dies überhaupt notwendig ist, soll in folgendem zu beweisen versucht werden.

Wie oft haben wir in den Zeiten, da die Kollegen von links die Einheitssfront predigen, erleben müssen, daß sie bei den Wahlen zu Betriebsräten, Krankenkassen und ähnlichen Körperlichkeiten den Ästen der freien Gewerkschaften eigene Parteilisten gegenüberstellen. Auch braucht man nur darauf zu erinnern, in welcher Art und Weise in Verwaltungskreisen unseres Verbandes von der KPD der „Wahlkampf“ für den Kaiser Verbandstag geführt wurde. Weil ein Teil unserer Verbandskollegen an die zur Schau getragene Harmlosigkeit glaubt, muß gerade jetzt, wo von der KPD der Befehl herausgegeben ist, alles wieder in die Gewerkschaften hineinzubringen, das Treiben der Kommunisten unter die Lupe genommen werden. Weisen wir dabei kurz zurück. Als in den Jahren 1918 bis 1920 die „Eroberung“ der Gewerkschaften nicht glücken wollte, entstanden die Unionen der Hand- und Kopfarbeiter. Als später die Gewerkschaften sich gegen die Herrschaft der Wehrten und die größten Schädlinge aus ihren Reihen ansmerkten, entstanden die Verbände der Ausgeschlossenen. Man begann die Zentrale der KPD, sich insgeheim alle Stellen zu schaffen, die für eine Gewerkschaftsbewegung notwendig sind. Es entstand die Gewerkschaftszentrale, wohl dazu geschaffen, den DGB zu ersetzen. Es kamen Reichs- und Landesverbände und Gewerkschafts-Kreisverbände mit dem Zweck, die „reformistischen“ Verbandstage und Gewerkschafts-Kongresse durch „revolutionäre Zusammenkünfte“ zu ersetzen. Betrachten wir uns die Statuten der kommunistischen Verbände als auch der Gewerkschaftszentrale — die sich schon einmal die Namen Freier Gewerkschaftsbund Deutschlands, Zentralvereinigung deutscher Berufsgruppen und Industrieverbände zulegen wollte — etwas genauer, dann sehen wir, daß gerade von dieser Seite, die immer den freien Gewerkschaften vorwirft, sie seien mehr Unterstützungsvereine als Kampforganisationen, Unterstüzungseinrichtungen eingeführt sind. Auch die so oft bekämpften Bestimmungen, die den Ausschluß aus den freien Gewerkschaften vorsehen, sind vorhanden. In den „selbständigen Verbänden“ — wie sie sich nennen — erfolgt der Ausschluß ebenfalls, wenn ein Mitglied sich Handlungen gegen die Interessen der Organisation zuschulden kommen läßt. Trotzdem die sogenannte Opposition behauptet, es sei ungerichtet, daß in der Zeit des Ausschlußverfahrens die Rechte und Pflichten der Angeklagten ruhen, so hat man doch — vorzüglicher Weise — eine gleiche Bestimmung aufgenommen. Bei der Einleitung von Lohnbewegungen will man genau so vorzüglich sein, wie die „Reformisten“. Arbeitszeigerlungen dürfen erst erfolgen, wenn zwei Drittel der in Frage kommenden Mitglieder es wollen und zu drei Vierteln organisiert sind. Die in den Verammlungen der freien Gewerkschaften verübten Erörungen kann man in den eigenen Verammlungen nicht gebrauchen, weshalb das Statut festsetzt, daß die Verammlungen die Kontrolle übernehmen und für Ordnung sorgen müssen, also — Saaljah!

Auf Grund des geschriebenen Tatbestandes sollte man glauben, daß die KPD heilfroh wäre über die Flucht ihrer Mitglieder und

Mitläufer aus den Gewerkschaften. Aber dem ist nicht so. Die Stellung der KPD ist auf das äußerste erschüttert, und nun sucht sie neuerdings in den „reformistischen“ Gewerkschaften einen Stützpunkt. An sich sind die Inflationen der Gewerkschaften nichts anderes als das Eingeständnis der eigenen Schwäche. Einmal beschimpft man die Antlerbamer Internationale in gemeinster Weise, das andere Mal sucht man Zutritt zu bekommen zu den Kongressen und Veranstaltungen der Antlerbamer, der „verschiedenen Reformisten“. Solche Zweipaltigkeiten, die bekanntlich sehr zahlreich sind, sind vorzüglich geeignet, rechts wie links klären zu wirken.

Eine derartige Wirkung läßt sich auch der kommunistischen Gewerkschaftspropaganda vom 17. August nicht absprechen. Dort wurde von Ruth Fischer gefordert: „Jeder Kommunist muß zurück in die freien Gewerkschaften.“ Man will zwar „um jeden einzelnen ehrlichen Arbeiter ringen“, aber wenn er der neuesten Lösung nicht folgt, dann muß er die KPD verlassen. Es wurde auch ausgesprochen, daß man wohl eine Einigungsaktion einleiten will, gleichzeitig aber „verstärkte revolutionäre Tätigkeit“ verstärkte kommunistische Propaganda in den Gewerkschaften“ als oberste Aufgabe erklärte. Dieser letzte im Bericht der Konferenz wörtlich vorhandene Satz diene zur Beurteilung des von der Zentrale der kommunistischen Partei herausgegebenen Auftrages. Dieser Auftr., der den Zustand zur Einigung der Gewerkschaftsbewegung bilden soll, enthält eine Reihe von Forderungen, die die Einigung von vornherein unmöglich machen. Verlangt wird die restlose Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen, eine Forderung, von der die KPD-Leute wie auch die Väter der sogenannten selbständigen Verbände wissen, daß die Selbsthaltung und die Reinkörper der freien Gewerkschaften es bedingt, sie abzulehnen. Man kann nicht im Bausch und Bogen Personen wieder in die Bewegung hineinnehmen, die die freien Gewerkschaften arg geschädigt haben. Außerdem ist es ein Ding der Unmöglichkeit, sich mit denjenigen, die auch heute noch die freie Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer beschimpfen, an den Verhandlungstisch zu setzen. Ehrlichkeit und gegenseitiges Vertrauen ist die Grundbedingung für gemeinsame Arbeit. Die Voraussetzungen sind aber links von uns nicht vorhanden.

### Der Zwangsabluß von Tarifverträgen

Eine bemerkenswerte Reichsgerichtsentscheidung über die Verbindlichkeitserklärung.

In einer neueren Entscheidung gibt das Reichsgericht ein anschauliches Bild über die Entwicklung der gesetzlichen Ordnung von Lohnstreitigkeiten. Es geht dabei auf das Recht der Berufsverbände und Arbeitgeberorganisationen, einseitig den Schlichtungsausschüssen anzurufen, näher ein und begründet ausführlich das Recht des Schlichtungsausschusses zur Schaffung eines Zwangsarbitrars. Wir entnehmen aus dieser umfangreichen, 13 Folioseiten umfassenden Reichsgerichtsentscheidung das folgende:

Als die Norddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, zu der die bekannten Schiffsmerken von Wobm & Voh, die Vulkanwerke, die Reichert-Schiffswerft, die Norddeutsche und andere Hamburger Schiffswerften gehören, den zwischen ihr und den Angestelltenverbänden bestehenden Tarifvertrag zum 31. März 1922 gekündigt hatte und den Abschluß eines neuen ablehnte, wandten sich die Angestelltenverbände an den Reichsarbeitsminister. Dieser beauftragte den Schlichtungsausschuß mit dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Obwohl die Arbeitgeberverbände sich weigerten, in Verhandlungen einzutreten, fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der von den Angestelltenverbänden angenommen und vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde. Die Arbeitgeberverbände haben daraufhin im ordentlichen Rechtsweg Klage auf Feststellung der Unrechtmäßigkeit der Verbindlichkeitserklärung erhoben. Nachdem erst das Landgericht Hamburg die Klage abgewiesen hatte, errangen die Kläger vor dem hiesigen Oberlandesgericht einen Teilerfolg. Das Reichsgericht hat jedoch das oberlandesgerichtliche Urteil aufgehoben und gleich dem Landgericht Hamburg die Klage endgültig abgemiesen.

Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen: Schon seit langem hatte man die Wichtigkeit des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens zur Vermeidung oder Abmilderung wirtschaftlicher Kämpfe erkannt. Mit dem Abschluß von Tarifverträgen hat man schließlich auch ein Mittel gefunden, das Wirtschaftslieben vor plötzlichen, unerwarteten Erschütterungen zu bewahren. Das weitere Ziel war, den Tarifverträgen mit staatlicher Hilfe allmählich Zwangscharakter beizulegen. Ein weiterer Schritt hierzu geschah durch die Gewerkschafts-Erhör-Bewordnung vom 23. Dezember 1918 (Tarifvertragsordnung). Im § 1 der Verordnung geschah durch die Festlegung der Unbedingbarkeit der Tarifverträge der erste Schritt zu der später im Art. 165 der Reichsverfassung den Arbeitnehmers- und Arbeitgeberverbänden verfassungsmäßig zugehörigen Autonomie auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Nach den §§ 15 ff. waren die Schlichtungsausschüsse die zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten jeder Art berufenen Organe. Nach § 21 der Tarifvertragsordnung ist die Einigungsfähigkeit des Schlichtungsausschusses überhaupt nicht von einem Anrufen seitens der Streitparteien oder eines von ihnen abhängig. Vielmehr kann der Schlichtungsausschuß auch von Amts wegen eingreifen. Die wichtigsten Geschäfte, die einen Kampf von organisierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden über den Abschluß von Tarifverträgen mit sich bringen, sind oft viel größer als die späterer Auslegungs- oder anderer Betriebskampfereignisse. Es ist deshalb in Übereinstimmung mit den Bestrebungen des Reichsarbeitsministers vom 11. Dezember 1919 und 3. Februar 1921 festzustellen, daß nach dem Willen des Gesetzgebers den Arbeitnehmers- und Arbeitgeberverbänden ein selbständiges Anrangsrecht der Schlichtungsausschüsse gegeben sollte, wie auch die Ausschüsse selbst die Verfügung haben sollten, von Amts wegen auch bei Streitigkeiten einzutreten, bei denen es sich um die Herbeiführung des Abschlusses von

Tarifverträgen handelt. Mag man auch das Wesen des Schlichtungsverfahrens in der gütlichen Einigung erblicken, so wird doch ohne den Durchsetzungszwang bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge das Schlichtungsverfahren nur eine stumpfe Waffe und ein untaugliches Mittel bleiben. Das hat auch der Gesetzgeber bald eingesehen und deshalb die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche angeordnet. Ist daher ein Tätigwerden des Schlichtungsausschusses beim Zustandekommen eines Tarifvertrages als einseitiges Anrufen zulässig, so kann die Verbindlichkeitserklärung nur die Bedeutung des Zwangsabchlusses eines Tarifvertrages haben.

### Die sozialpolitischen Regierungsvorlagen

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag eine Anzahl sozialpolitischer Entwürfe vorgelegt, die sämtlich auf den Washingtoner Abkommen beruhen. Erst jetzt soll der Reichstag zu ihrer Annahme schreiten, und zwar empfiehlt die Regierung die Annahme eines „Abkommens“ — von den sechs in Washington getroffenen. Das Abkommen, das angenommen werden soll, behandelt die Arbeitslosigkeit und es macht der Regierung zur Pflicht, dem Internationalen Arbeitsamt in möglichst kurzen Zeiträumen, mindestens aber alle drei Monate, genaue statistische Angaben über die Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung mitzuteilen. Ferner ist ein Plan öffentlicher Arbeitsnachweinstellen einzurichten, die unentgeltlich arbeiten. (Gegenwärtig werden diese Nachweinstellen zum größten Teil von den Beiträgen der Arbeiter und Arbeitgeber erhalten, indem ihre Kosten aus den Mitteln der Erwerbslosenversicherung gedeckt werden.) Wichtig ist die weitere Bestimmung des Abkommens, demzufolge das Arbeitsamt im Einverständnis mit den beteiligten Ländern auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Arbeitsnachweise der einzelnen Länder hinzuwirken habe. Hier liegt ein Anknüpfungspunkt zur internationalen Regelung vor, der deshalb Beachtung verdient. Von den übrigen fünf Abkommen betrifft das wichtigste die achtstündige Arbeitszeit. Nach der Zusammenkunft der Arbeitsminister in Bern ist zu hoffen, daß endlich auch dieses Abkommen angenommen wird. Damit können auch die drei anderen Abkommen, die mit der Regelung der Arbeitszeit zusammenhängen und die Nachtarbeit der Frauen und der Jugendlichen sowie das Mindestalter für die Zulassung der Kinder zur gewerblichen Arbeit betreffen, ebenfalls angenommen werden. Das sechste Abkommen bezieht sich auf die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Die Regierung und der Reichstag haben trotz der Befürwortung des Reichswirtschaftsrates die Annahme dieses Abkommens nicht empfohlen.

Die sechs Entwürfe, die dem Parlament vorgelegt wurden, entsprechen den sechs „Vorschlägen“ der Washingtoner Konferenz. Von ihnen bringen nur drei wesentliche Neuerungen, die Vorschläge über die Arbeitslosigkeit, den Schutz der Jugendlichen und der Frauen gegen Bleibergiftung und die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes. In bezug auf die Arbeitslosigkeit wird die Beteiligung der öffentlichen Arbeiten möglichst in Zeiten der Arbeitslosigkeit empfohlen, eine Maßnahme, die in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren mit Erfolg durchgeführt wurde. Die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweinstellen sollen verboten werden; eine kurze Zeitpausen für die Schließung dieser schädlichen Einrichtungen ist bedauerlicherweise nicht vorgesehen. Amherben von Arbeitergruppen in einem anderen Lande werden einer internationalen Regelung unterworfen. Der Schutz der Jugendlichen und der Frauen soll in der Weise weiter entwickelt werden, daß die Altersgrenze für die Jugendlichen von 16 auf 18 Jahre hinaufzusetzen und daß künftig die Beschäftigung der Jugendlichen und der Frauen noch bei einer Anzahl weiterer, im einzelnen ausgeführter Arbeitsverrichtungen gesundheitsgefährdender Natur zu untersagen ist. Die Schaffung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes soll die Aufstellung eines besonderen, mit dem Schutze der Gesundheit der Arbeiter betrauten öffentlichen Dienstes bedeuten, der neben der Gewerbeaufsicht tätig ist. Wichtig ausgeführt bedeutet dieser Vorschlag mehr als die Aufstellung einiger Gewerbeärzte an die deutsche Gewerbeaufsicht, was bereits früher erfolgte. Die übrigen drei Vorschläge betreffen die Gegenseitigkeit in der Behandlung der ausländischen Arbeiter, die Verhütung des Mißbrauches und das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor in der Händholzindustrie. Der erste Vorschlag in bezug auf die ausländischen Arbeiter bedeutet für Deutschland keine Neuerung, doch kann die Annahme für die deutschen Arbeiter im Ausland von Vorteil sein. Das Phosphorverbot ist bereits seit längerer Zeit in Gültigkeit.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. hat mit dem 1. Oktober die Geschäfte aufgenommen. Die Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H., ihr Vorläufer, wird ihre Geschäfte an diesem Tage auf die neue Bank übertragen. Der Aufsichtsrat der neuen Bank besteht aus den Herren: Theodor Leipart, Vorsitzender des DGB, als Vorsitzenden, E. Kuffhäuser, Vorsitzender des Afa-Bundes, als stellvertretenden Vorsitzenden, A. Falkenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, E. Cöhler, Berlin, Dr. Hilferding, F. Hujemann, Vergarbeiter, F. Rube, DGB, E. Lehmann, Holzarbeiter, H. Marx, Banlangesteller, F. Paepow, Baumgewerksbund, C. Köppler, Fabrikarbeiter, E. Schäfer, Metallarbeiter, Stuttgart, H. Schweinitz, Buchdrucker, D. Schumann, Verkehrgewerksbund, D. Urban, Angestellter, D. Jehms, Textilarbeiter. Die Aktionäre der neuen Gesellschaft sind sämtliche Verbände, die dem DGB angeschlossen sind, sowie die Mehrheit der dem Afa-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Verbände. Die Aktien lauten auf den Namen und sind nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übertragbar. Das voll eingezahlte Aktienkapital beträgt 750 000 Goldmark.

Ein edler Mensch, der für sein Vaterland, ein edlerer, der um die Freiheit — doch der edelste, der für die Menschheit kämpft.  
S u m a n u e l R a n t

### Das Perpetuum mobile

Von Obering. R. Hofmann, Krefeld.

Wer das was hätte nicht in seiner Sehnsucht sich mit dem Gedanken befaßt, eine Maschine zu bauen, die von selbst läuft, oder gar die ohne Verwendung von irgend einem Betriebsmittel Energie schafft, so daß man sie zum Nutzen verwenden kann. Ich gehe jetzt davon aus, daß man sich nicht nur der Idee hingibt, sondern auch, allerdings auch, wie jeder bisher, zu keinem Ergebnis gelangt. Und doch, trotz aller Mühsal der Vorarbeiten und Überwindung, trotz der Enttäuschung, daß Familien und Versager dieser Idee gratifiziert werden, finden sich heute immer noch Schwärmer, die glauben, daß sie die Perpetuum mobile, der Welt den „Stein der Weisen in der Tasche“ zu präsentieren. In der letzten Zeit sind es Leute, die sich bisher mit Technik nicht befaßt haben, und es mag wohl dies in der Hauptursache daran liegen, daß gerade dieses die Reizstoffe der Technik sind, während der Lehrende schon weiter mit den Gelehrten verfahren ist und die Unmöglichkeit einer solchen Maschine oder eines solchen Apparates auf Grund eben dieser Reizstoffe erkannt hat.

Wie oft hat man nicht von jungen Elektrikern, seien es nun solche, die auf dem Wege tätig sind oder in der Berufung: Es müßte wohl eigentlich gehen, eine Dynamomachine mit einem Elektromotor so zu verbinden, daß sie den Elektromotor speist, wodurch dieser seine Kraft erhält und somit fortwährend wieder die Dynamomachine antreibt, und so im Kreislauf fort. Bestehend ist dieser Gedanke ganz einfach, aber das Rätsel ist auch hier nicht gelöst, konnte noch keine werden, weil eben die Naturgesetze dies nicht zulassen.

Ich will nun versuchen, durch einfache Beispiele das Verständnis für die hier in Betracht kommenden Gesetze zu wecken und kann an Hand von Beispielen einiger dieser beliebigen Reibungsverhältnisse die viele Wege und Arbeit, und zwar vergeblich, kennzeichnen und hoffe, daß die Anschauungen dazu beitragen, man sich einer vor ähnlichen Schicksal zu bewahren.

Nehmen wir einen einfachen Bogenball an und legen ihn in seiner Mitte auf eine Unterlage, so daß er nach beiden Seiten spielen kann. Belassen wir diesen Bogenball auf der linken Seite, so wird er dort nach unten gehen, auf der andern jedoch nur das gleiche Maß nach oben. Belassen wir nun auch die rechte Seite mit dem genau gleichen Gewicht, so wird der Ballen in seine ursprüngliche Lage, die waagrechte, wieder zurückkehren, er wird wieder im Gleichgewicht sein. Und dies ist das ganze Geheimnis. Wenn wir diesen Fall nun auf das Perpetuum mobile (= ewig beweglich) anwenden, so haben wir hierbei die gleichen Verhältnisse. Auf der einen Seite liegt ich durch Kraftanstrengung — bei dem Bogenballen durch Gewichtbelastung — den Apparat in Bewegung, auf der andern Seite kann ich dann die gleiche Kraftanstrengung wieder einwirken — beim Bogenballen kann ich auf der andern Seite ein gleich schweres Gewicht geben —, aber bei weitem nicht mehr, denn Gleichgewicht muß in der Natur herrschen. Ich kann also bei dem Hebel kein Bogenballen mit einem Gewicht nicht ein größeres geben, ebenso kann ich bei einer Maschine nicht auf der einen Seite eine größere Kraft herausziehen, als ich auf der andern einlegeleite habe.

Es wird nun der Versuch gemacht werden können: Bei einer Dynamomachine stelle ich auf die Waagschale des zweiten Teils des Gewichtes geben, was ich auf die Waage stelle, um Gleichgewicht zu erzielen. Aber auch hier haben wir denselben Grund, denn hier entzückt das Gleichgewicht durch die notwendige Länge der Hebelarme, das heißt auf der Seite der Waagschale ist der Hebelarm genau mal länger, als auf der Seite der Waage, so daß das Produkt aus Weg mal Kraft auf beiden Seiten das gleiche ist. Mit andern Worten: Der Hebel der Waagschale ist 100 cm lang, das ausgelegte Gewicht 2 kg, so ergibt sich 100x2=200, auf der Waage Seite aber ist der Hebelarm nur 10 cm lang, das zu wiegende Stück aber 20 kg, es ergibt sich: 10x20=200, also Gleichgewicht.

Nun wird mancher fragen, daß es ja genügt, wenn bei dem Beispiel mit dem Elektromotor nur beide Kräfte gleich sind. Gewichtsgleich würde das genügen, es kommt aber bei jedem sich drehenden Betrieb noch ein Kraftverlust hinzu, der durch die Reibung be-

dingt ist, und nicht allein durch die Reibung in den Lagerstellen, sondern durch die Reibung des drehenden Körpers an der Luft usw. Man könnte ja nun die Lagerstellen noch so fein arbeiten, zum Beispiel auf Spitzen laufen lassen, man könnte außerdem den Apparat unter einer luftleeren Glocke laufen lassen, so daß auch der Luftwiderstand wegfällt. Alles dies würde gewiß zur Verbesserung beitragen, aber immer noch nicht zum Endziel führen, da es technisch unmöglich ist, eine vollkommen reibungslose Lagerung zu schaffen, ebenso wie einen vollkommen luftleeren Raum. Man würde wohl erzielen, daß der Apparat eine längere Zeit läuft, aber weiter auch nichts, dem Perpetuum mobile sind wir deshalb noch nicht näher gekommen.

Und nun gar noch aus einem solchen Apparat einen Kraftübertrag herauszuziehen wollen, der doch nötig ist, wenn man eine andere Maschine antreiben will. Was für ein fürchterliches Zerbrechen allen Dagegen würde sich daraus ergeben, wenn die überschüssige Kraft nicht in rechter Weise abgebrems würde. Man stelle sich zur Erkenntnis dessen vor, daß man vielleicht 1 PS überschüssige Kraft erziele, die nicht durch Verwertung sofort ungeschädlich gemacht würde. Diese würde die Eigenkraft unterstützen und der überschüssige würde sich im Quadrat erhöhen. Diese Erhöhung würde in ganz kurzer Zeit soweit führen, daß die Welt aus den Angeln gehoben werden könnte.

Es hat einmal ein indischer Weiser, der angeblich Erfinder des Schachspiels, Rahr oder Sissa mit Namen, sich von dem betreffenden König als zugehörige Belohnung ausgeben: Nur eine geringe Menge Weizenkörner, und zwar auf das erste Feld des Schachbrettes 1 Korn, auf das zweite 2 Körner, auf das dritte 4 Körner, auf das vierte 16 Körner usw., auf jedes folgende Feld die Quadratzahl des vorhergehenden. Aber es zeigte sich bald, daß die Kornlammen Ägyptens nicht und nicht die der ganzen Welt ausreichen, um diesen bescheidenen Wunsch zu erfüllen. Eine ähnliche Summierung des Kraftüberschusses würde unter den obengenannten Voraussetzungen eintreten. Lassen wir die Finger davon.

Und nun einige Beispiele: Der einfachste Gedanke ist wohl der eines Zellenrades, in welchem Kugeln laufen. Die nach rechts rol-

# Metallarbeiterlöhne im Staate Newjork

Das Industrieministerium des Staates Newjork veröffentlicht regelmäßig den Auf und Nieder des Angebotes und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, als auch die Durchschnittslöhne aller Industrien. Zu diesem Zwecke ist die Industrie in elf Hauptgruppen und diese wieder in Untergruppen eingeteilt. Der durchschnittliche Wochenverdienst wird ermittelt durch Teilung der Zahl der auf der Lohnliste stehenden Personen in die Lohnsumme. Somit stellt das Ergebnis dieser Lohnstatistik den tatsächlichen Verdienst dar, kommt also darin die durch Kurzarbeit, Feiertagen, Versäumnis und Krankheit verursachte Einbuße schon zum Ausdruck. Ober, anders ausgedrückt, der tarifmäßige Lohnsatz ist in der Regel höher, als die hier gegebenen Durchschnittszahlen.

Aus einem andern Grunde noch lassen diese Durchschnittszahlen das Lohnbild dunkler erscheinen, als es tatsächlich ist. Die amtliche Lohnstatistik unterscheidet nur zwei Gruppen, die Männer und die Frauen, nicht aber gelernte und ungelernete, junge und erwachsene Leute. In der Männergruppe wie in der Frauengruppe sind mithin alle, nämlich gelernte und ungelernete mit den jugendlichen Personen vereint. Es läßt sich daher nicht sagen, wieviel die Handwerker, wieviel die Tagelöhner verdienen. Da nun die gelernten mehr als die ungelerneten, die erwachsenen Leute mehr als die jungen verdienen, so wird, da diese verschiedenen Gruppen zusammengeworfen sind, der hier gegebene Durchschnittslohn niedriger sein, als der Satz des gewerkschaftlichen Tarifs.

Nach dieser Erläuterung wenden wir uns der Zahlentafel zu. Sie enthält die Durchschnittslöhne für den Staat Newjork im allgemeinen, als auch für die Stadt gesondert. In dieser sind sie höher als in jenem, zuweilen sogar viel höher; in der Gruppe „Metall“ jedoch ist der Unterschied zwischen beiden nicht des Rennens wert. Der Einfachheit halber betrachten wir nur die Lohnangaben für den Staat. In diesem beträgt der wöchentliche Durchschnittsverdienst (im Juli 1924) der Gesamttheit der (werkstattarbeitenden) Männer 126, für die Frauen 68,40 M. Von den elf Hauptgruppen steht die für „Wasser, Licht, Kraft“ mit 142,50 M an der Spitze, die Gruppe „Felle, Leder, Gummi“ mit 100,90 M zu unterst, die Gruppe „Metall“ mit 121,60 M etwa in der Mitte.

Betrachten wir nun unsere Gruppe, die Metallindustrie, im besonderen. Um die Geschichte nicht über Gebühr zu verlängern, fassen wir von den zwölf Untergruppen bloß die sieben wichtigsten

und nur die Angaben von dem Staate (nicht auch von der Stadt) Newjork angeführt.

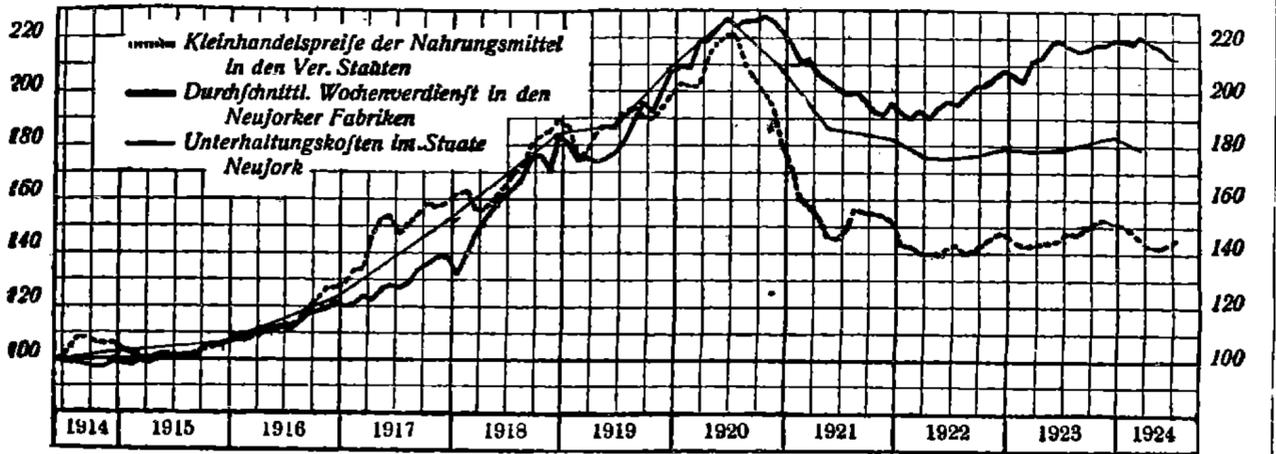
## Wochen-Durchschnittsverdienste im Juli 1924 (in Goldmark)

| Gesamtheit der Gruppe Metall   | Alle Beschäftigten | Männer | Frauen |
|--------------------------------|--------------------|--------|--------|
| Hohleisen- und Wagnersprodukte | 121,60             | 124,00 | 69,00  |
| Eisenkonstruktion              | 124,80             | 129,60 | 82,10  |
| Blechwaren, Küchenartikel      | 140,70             | 181,20 | —      |
| Maschinenbau, Viehzucht        | 109,80             | 115,20 | 62,30  |
| Automobile, Flugzeuge          | 126,60             | 126,20 | 71,80  |
| Lokomotiven, Bahnwagen         | 127,10             | 124,70 | 67,00  |
| Schiffbau                      | 181,80             | 180,80 | 100,10 |
|                                | 182,90             | 181,60 | —      |

Demnach schwankt in der Metallindustrie des Staates Newjork der durchschnittliche Wochenverdienst der in der Werkstatt arbeitenden Männer zwischen 131,60 und 115,30 M, der der Frauen zwischen 100,10 und 62,30 M. Die gewerkschaftlichen Tarifsätze sind, wie schon angedeutet, höher als hier für die Männer angegeben, was in diesen für die Allgemeinheit der Männer geltenden Durchschnittszahlen nicht zum Ausdruck kommt, weil darin auch die niedrigeren Sätze der jungen und ungelerneten Leute enthalten sind.

Mit diesen blauen Lohnzahlen wird der Gewerkschafter nun nicht viel anzufangen vermögen. Er wird wünschen, zu wissen, in welcher Richtung sich die Löhne, sagen wir, seit dem Kriege bewegen, ob sie gestiegen oder gefallen sind; weiter wird er wissen wollen, in welchem Verhältnis die Löhne zu den Preisen, zu den Kosten des Lebensunterhaltes stehen, damit er daran ermessen kann, ob sich das Realeinkommen seiner Newjorker Kollegen auf dem Wege der Besserung oder der Verschlechterung befindet, um so Vergleiche mit dem Wandel seines Realeinkommens, seiner eigenen wirtschaftlichen Lage anstellen zu können.

Solche Wünsche zu erfüllen, ist, wie jeder Kundige weiß, keine einfache Sache. Die Darstellung des Verhältnisses zwischen Preis und Lohn oder, wenn man will, die Darstellung des Realeinkommens einer Arbeiterschaft erfordert, zumal wenn diese auf einem andern Erdteil lebt, einen ungeheuren Aufwand von Zahlen und Erläuterungen, und mit alledem wird es noch schwer halten, ein für den Vergleich geeignetes Bild von der Lage zu geben. Wir glauben die Schwierigkeiten, die die Anführung langer Zahlenreihen bieten, am ehesten umgehen und den Tatbestand am deutlichsten wiedergeben zu können, indem wir die Bewegung von Löhnen und Preisen seit zehn Jahren durch eine graphische Darstellung vorführen.



Diese Darstellung, die amtlichen Ursprunges ist, zeigt, daß von 1914 bis 1920 Durchschnittslöhne und Preise in mehr oder weniger innigem Einklange, und zwar um mehr als 120 Punkte emporgestiegen sind, von der Mitte des Jahres 1920 aber begannen die Linien auseinanderzugehen: die beiden Preis- und Lohnkurven gehen schroff, die Lohnkurve weniger schroff bergab, die ersteren bewegen sich von der zweiten Hälfte des Jahres 1921 an in wagrechter Richtung weiter, während die letztere sich wieder aufwärts bewegt. In dieser Richtung sind die Kurven

im großen und ganzen bis zum ersten Vierteljahr von 1924 weitergegangen. Zu diesem Zeitpunkt stehen die Newjorker Unterhaltungskosten 80, die Kleinhandelspreise der Vereinigten Staaten 40 Punkte, die Löhne aber etwa 120 Punkte über dem Stand von 1914. Will man den Gang der Dinge auf eine einfache Formel bringen, so kann man sagen: das Realeinkommen der Newjorker Fabrikarbeiterschaft hat sich seit dem Kriege um mindestens die Hälfte verbessert.

## Die Finanzen der russischen Gewerkschaftszentrale

Der vor kurzem erschienene Tätigkeitsbericht der Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften gibt über die Finanzen der Gewerkschaftszentrale vom Anfang 1922 bis zum Frühjahr 1924 Aufschluß. Danach erreichten die Einnahmen im Jahre 1922 die Summe von 6678 Milliarden Sowjetrubel, darunter 331 Milliarden oder 5,8 v. H. aus Gewerkschaftsbeiträgen, und aus der Staatskasse 6027 Milliarden oder 89,5 v. H. Die Abrechnung für das Jahr 1923 sowie für das erste Vierteljahr 1924 ist in Goldrubel vorgenommen. Die Gesamtsumme der Einnahmen der Gewerkschaftszentrale betrug im Jahre 1923 1 997 246 Goldrubel. Davon stammen 132 804 Goldrubel oder 6,6 v. H. aus den Beiträgen der Gewerkschaften und 1 816 115

Goldrubel oder 90,9 v. H. aus der Staatskasse. Im ersten Vierteljahr 1924 hat der Zentralrat insgesamt 887 458 Goldrubel eingenommen, darunter 61 968 Goldrubel oder 7,1 v. H. von den Gewerkschaften und 796 044 Goldrubel oder 89,8 v. H. aus der Staatskasse. Die Beiträge der Gewerkschaften bilden also einen unbedeutenden Bruchteil der Einnahmen der russischen Gewerkschaftszentrale, die ihre ungeheuren Ausgaben noch immer aus in den ersten drei Monaten von 1924 über 1 700 000 Goldmark aus der Staatskasse erhalten, das heißt monatlich fast 600 000 Goldmark. Der Zentralrat ist — das zeigen die angeführten Zahlen — kein Organ der Gewerkschaften, sondern eine von der Regierung ausgehaltene und ihr untergeordnete Stelle.

## Und nun Hand aufs Herz. Haben die Leser nicht da und dort irgend einen bekannten, der sich mit sehr geheimnisvollen Andeutungen einer großen Erfindung wichtig zu machen sucht? Dann gehen Sie der Sache einmal auf den Grund und Sie werden finden, daß dieser Mensch für nichts anderes mehr zu haben ist als für seine Idee. Lohn- und Zeit verwendet er für ihre Durchführung. Es gibt Fälle, wo die Familie hungerte, nur damit die Idee zur Durchführung kommen konnte. Und stets mit Misserfolg. Und wieviel derartiger „Erfinder“ haben im Irrenhaus ihr trauriges Ende gefunden?

Es soll mit diesen Ausführungen nun nicht gesagt sein, daß ein strebsamer Mensch sich nicht mit derartigen Dingen befassen soll. Warten muß man nur darauf, sich in diese Idee zu verrennen, besonders dann, wenn es mit den Kenntnissen der Naturgesetze hapert. Es wird jeder vernünftige Fachmann ganz bereit sein, einen solchen Vorschlag zu überprüfen und dann allerdings mit der betreffenden Erfindung noch soviel Vernunft beizugeben, sich Tatsachen nicht zu verschließen. Er muß einsehen, daß er wenigstens einige Naturgesetze nicht umstoßen kann. Mit diesem Bewußtsein wird er unnütze Kraftvergeudung für eine unmögliche Idee vermeiden, zu seinem und seiner Familie Wohl.

Ein Bild ins Jahr 1930  
Eröffnet durch die Amerikafahrt des Z. R. 3.  
In ein paar Tagen fährt das Luftschiff Z. R. 3 nach den Vereinigten Staaten. Es wird den 4000 Meilen langen Weg über das Meer in 60 Stunden zurücklegen.  
Vor ein paar Wochen lag ein Amerikaner von der Küste des atlantischen Ozeans zur Küste des Stillen Ozeans. Der Flug wurde in einem Tage, fast ganz bei Tageslicht gemacht. Starke Über- und Kreuzwinde, Nebel und Regen hemmten die Fahrt, konnten sie aber nicht verhindern. Der Flieger ob zweimal an diesem Tag, einmal in Newjork, das zweite Mal in dem 3000 Meilen entfernten St. Francisco.

Ar dem gleichen Tage übertraf ein Franzose die höchste Flugleistung, indem er 331 englische Meilen in der Stunde durchschnittete.

## Wirtschaftskrieg in Japan

Während des Monats August 1924 kam es in den westlichen Provinzen Japans zu einer Reihe von Arbeitskonflikten, die erste Streiks im Gefolge hatten. Einer dieser Streiks hatte die völlige Einstellung des Verkehrs zwischen den verschiedenen Industriepunkten des Westens zur Folge, wodurch viele Tausende Arbeiter und deren Familien wochenlang in Not gerieten. In Kyushu und Fukuoka wurden die während des vorigen Monats begonnenen Streiks fortgesetzt, da die Straßenbahnangelegenheiten der Nantai-Linie, der Kobe-Osaka-Linie, der Kobe-Osaka-Expres und anderer Linien aus der Umgehung von Osaka die Arbeit einstellen und auf unbedingte Annahme ihrer Forderungen bestanden.

Osaka ist einer der wichtigsten Plätze des japanischen Kohlenbergbaues. Die Bechen gehören der Mitsui-Bishi-Kaisha, der übermächtigsten feudalen Industrie- und Handelsgesellschaft Japans. Im Mai legten verschiedene Verufe die Arbeit nieder, denen Mitte Juni die meisten Arbeiter des Bezirks folgten. Bald standen an die 10 000 Mann, Bergleute, Maschinenisten und Färber, im Streik. Er zeichnete sich durch Ordnung und proletarische Solidarität aus, wenn auch in der letzten Zeit des Ausstandes eine Anzahl Teilnehmer Sonderverhandlungen zu pflegen suchte. Der Bürgermeister von Osaka hatte seine Vermittlung angeboten. Die hierbei vorgeschlagene Regelung hat die Zustimmung der Ausständigen gefunden.

Infolge der Streiks der Motorfahrer, Schaffner und übrigen Angestellten der Straßenbahngesellschaft und der Elektrizitätswerke von Osaka waren die Bewohner von Osaka und Umgebung mehrere Tage hindurch ohne Verkehrsmittel. Die Arbeiter der Kommunalbetriebe von Osaka hatten wegen Verbesserung ihrer Lage unterhandelt. Gegen Ende Juni legten die verschiedenen Arbeitergruppen, so das Aufsichtspersonal, die Schaffner, Motorfahrer usw. 11 Forderungen vor. Eine beträchtliche Anzahl dieser Arbeiter, die heute in den Gemeindebetrieben beschäftigt sind, arbeiteten früher bei den Osaka-Elektrizitätswerken. Sie verlangten nun Bewilligung derselben Bedingungen, unter denen sie arbeiteten, bevor der Privatbetrieb von der Gemeinde übernommen wurde. Die Mitglieder der Transportarbeiterunion des Westens legten am 3. Juli allseitig die Arbeit nieder, nachdem sie erfahren hatten, daß die Forderungen dieser Arbeiter abgelehnt worden waren. Es wurde u. a. verlangt: Durchführung des Achtstundentages statt des zehnstündigen; Abschaffung der Teilung der Arbeitszeit in zwei Schichten; Bewilligung von 60 Lohnlagen als Prämien für ein halbes Jahr und eine monatliche Wohnungszulage von 7 Yen; Erhöhung der Löhne der ungelerneten Arbeiter; bessere Bezahlung der Überstunden. Als bekannt wurde, daß die Gemeindeführer die Arbeit niedergelegt hatten, hielten die Bewohner von Osaka in verschiedenen Teilen der Stadt Versammlungen ab, um darüber zu beraten, was geschehen solle, wenn sich die Studenten der Technischen Hochschule, der Handelshochschule und der polytechnischen Schule von Osaka als Motorfahrer und Schaffner für den Straßenbahndienst zur Verfügung stellen sollten.

Nach der letzten Meldung haben die meisten der Streikteilnehmer Osaka verlassen und sich auf den Monte Koya im Bezirk Wafayama, wo sich der alte buddhistische Tempel befindet, begeben, um den Verfolgungen der Polizei zu entgehen. Gegenwärtig befinden sich über 2000 Streikende im Tempel. Die Priester hatten ihre Vermittlung angeboten, aber der Direktor der Elektrizitätswerke soll erklärt haben, daß die Gemeinde von Osaka die Arbeiter auch bei bedingungsloser Annahme der Arbeit auf Grund einer Vermittlung durch die hohen Priester nicht wieder einstellen würde. Das bedeutet, daß die Arbeiter ihr Recht auf Wiedereinstellung vermisst haben. Das Ergebnis dieses Streiks ist darum von so großer Bedeutung, weil hierbei den Gemeindeführern das Streikrecht bestritten wurde mit der Begründung, daß derartige Streiks das öffentliche Wohl gefährden.

Der dänische Former- und Viehweidewerksverband hielt vom 1. bis 4. August seine Vertreterversammlung ab. Da der Verband am 1. August 1888 gegründet wurde, konnte er bei dieser Gelegenheit sein 36jähriges Bestehen feiern. Früher war es bei den dänischen Gewerkschaften üblich, daß ihnen nur gelernte Arbeiter angehörten; in einigen Verbänden wurde sogar die Aufnahme von der Vorlegung des „Gefellenzeugnisses“ abhängig gemacht. Für die ungelerneten Arbeiter sämtlicher Industriezweige besteht der Dänische Arbeitsmänner-Verband. Dieser Organisationsform mag ja früher für einen Staat von der Größe und der wirtschaftlichen Entwicklung Dänemarks ausgereicht haben. In neuerer Zeit scheint sie jedoch nicht mehr völlig zu genügen, denn zum Beispiel der Dänische Former-Verband sah sich im vorigen Jahre veranlaßt, zu fordern, daß die Viehweidewerksverbände nicht gleichgültig sein könne. Die Folge waren Streikaktionen mit dem Arbeitsmännerverband. Nunmehr lagen dem Verbandstage aus zwei dringlichen Abteilungen Anträge vor, wonach der frühere Zustand wiederhergestellt werden sollte, daß nur Former, Maschinenformer und Kernmacher Mitglieder werden könnten. Es entspann sich sogar eine längere Aussprache über diese jünlicheren Anträge. Sie wurden jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zu einer weiteren längeren Aussprache kam es bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Lohn- und Arbeitsvertrags mit dem Unternehmerverbande. Der neue Vertrag soll zur Urabstimmung gestellt werden. Ferner wurde beschlossen, daß Urabstimmungen nur dann bindende Kraft haben sollen, wenn die Mehrheit sämtlicher Mitglieder sich in zustimmendem oder ablehnendem Sinne daran beteiligt hat. Ist dies nicht der Fall, so kann der Vorstand die zur Urabstimmung gestellte Sache nach eigenem Ermessen erledigen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Schiedsgericht und Wellfriede eine umgrenzte Bewegung? Es bedeutet nichts Geringeres als die Umwälzung aller landläufigen Erziehung, Politik, Moral, Gesellschaftsordnung.  
Berla v. Suttner.

Es ist ganz natürlich, daß sich eine große Anzahl von Schwindlern mit der Sache befaßt haben, die es sogar verstanden, selbst die frühere Welt zu täuschen; aber immer noch kam der Schwindler zutage. So hat ein gewisser Ernst Elias Behler Dr. Freytag im Jahre 1713 eine Sachverständigenkommission so an der Nase geführt, daß ihm der Landgraf von Hessen-Kassel den Titel eines Kommerzienrats verlieh und ihn mit allen Ehren überhäufte. Durch die Geschwätzigkeit einer Dienstmagd, die er schlecht behandelt hatte, kam es heraus, daß im Nebenzimmer wohl verborgen ein Antriebs angebracht war, den abwechselnd die Familienmitglieder und diese Magd bedienen mußten. Monatelang konnte er die Welt täuschen, bis auch ihn das Schicksal erreichte. Er starb 1745 in allerhöchsten Verfall.

In ein paar Jahren werden wir imstande sein, den Flug von Küste zu Küste in der Hälfte der heutigen Zeit zu machen. Und noch ein wenig später werden wir sehen, daß die Flugmaschinen ihre Schnelligkeit noch weiter vergrößert und ihre Sicherheit noch mehr verbessert haben. Der Besuch der Jorts wird für den Deutschen dann zu einem Sonntagsausflug geworden sein. Er wird den Morgenlände in seinem Heim, die Abendmahlzeit irgendwo in der 14th Street einnehmen.

Die Menschen werden bald die Reise von Küste zu Küste in völliger Bequemlichkeit und in wenigen Stunden vollziehen. Sie werden über Straßen so glatt wie Fensterglas dahinrutschen. Zusammenkünfte und Anfälle werden unmöglich und vollständige Lenkbarkeit von außen möglich gemacht werden sein.  
Führer und Reisende werden in luxuriös ausgestatteten Räumen sitzen und sich jeder Bequemlichkeit erfreuen. Die Ruhe im Innern der Räume wird es den Luftreisenden ermöglichen, die Musik einer Oper, die irgendwo in Europa geungen, anzuhören und die Handlung wie den Szenenwechsel auf der Theaterbühne zu schauen. Selbst in größter Entfernung werden sie in Verbindung mit ihren Freunden und Verwandten bleiben. Sie werden sie sehen und fast zu ihnen sprechen können, wie auch sie gesehen und ihnen Antwort gegeben werden kann.  
Träumerei? Ja, gewiß, es ist dies träumen eines Traumes, der morgen oder übermorgen verwirklicht sein wird. In dieser Stunde sind womöglich schon Erfindungen gemacht, wodurch unser Traum einen Riesenschritt seiner Verwirklichung nähergebracht worden ist. Vielleicht eine besondere Frucht, eine neue Überkraft, die das Erdtrümte vollbringt. Die die ganze Welt, und das ganze, revolutioniert. Die in fünf Jahren mehr vollbringt, als die Dampfkraft in dem letzten ganzen Jahrhundert.  
Denke nur jeder ein paar Minuten darüber nach, was mittels menschlichen Erfindungen und elektrischen Neuerungen in den letzten fünfzig Jahren vollbracht worden ist. Das Ergebnis des Nachdenkens wird ihm die Verwirklichung unserer Träumerei kinderleicht und gewiß erscheinen lassen. Wie sie es ja auf Grund des in den paar letzten Jahrzehnten Vollbrachten tatsächlich ist.  
Lk.

### Der sozialpolitische Kongress in Prag

In den Tagen vom 2. bis 5. Oktober d. J. tagte in Prag der Kongress, der schon im Jahre 1921 hätte stattfinden sollen. Eindeutiger dieses Kongresses waren zwei Körperchaften, die Internationale Vereinigung für gegenseitigen Arbeiterschutz und die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese beiden Organisationen haben schon in der Vorberichtszeit Kongresse abgehalten, die sich mit den jeweils wichtigsten sozialpolitischen Fragen beschäftigten. Doch da sie im bürgerlichen Fahrwasser segelten, war der mittelbare Einfluß der Kongressbeschlüsse auf die internationale Sozialpolitik nicht allzu hart. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Kongresse der beiden Vereinigungen nutzlos gewesen wären. Zeigten sie doch oftmals die Rückständigkeit einzelner Länder auf, und die vorgebrachten Gründe waren immerhin eine beachtliche Bekämpfung dessen, was die Arbeiterorganisationen als Begründung für ihre sozialpolitischen Forderungen anführten. Neben namhaften bürgerlichen Sozialreformern gehörten auch viele Sozialdemokraten den beiden Vereinigungen an.

Angeht die Aufgabe, daß für jedes fortgeschrittene Land die sozialpolitische Rückständigkeit anderer Länder eine Gefahr ist, gewinnen alle internationalen Bestrebungen zum Ausbau der Sozialpolitik eine ungeheure Bedeutung für die Arbeiterschaft. Daß dem so ist, dafür gibt gerade dieser Kongress Zeugnis. Bereits im September 1921 wurde er von der Internationalen Gesellschaft für gegenseitigen Arbeiterschutz beschlossen. Gerade damals aber führte das Internationale Arbeitsamt einen Kampf gegen die französische Regierung, die die landwirtschaftlichen Arbeiter aus dem Bereich des internationalen Arbeiterschutzes entfernen wollte. Die Stärke der Reaktion ließ eine solche Tagung unwahrscheinlich erscheinen, so wurde der Kongress verschoben und konnte in den zwei nächsten Jahren nicht einberufen werden. Seitdem aber sind die härtesten Hindernisse überwunden, der reaktionäre Block in Frankreich ist beseitigt, England hat eine Arbeiterregierung erhalten, die Sozialpolitik ist für viele Staaten zu einem in der nächsten Zukunft zu realisierenden Problem geworden. In Anbetracht dessen wäre eine weitere Verschiebung des Kongresses nicht gut zu begründen gewesen.

Der eigentlichen Tagung, dem internationalen sozialpolitischen Kongress, gingen Sonderberatungen der beiden veranstaltenden Vereinigungen voraus. Auch die Amsterdamer Internationale hielt Beratungen ab, in deren Mittelpunkt die Ein- und Auswanderung stand.

Die Tagesordnung des Kongresses bestand aus zwei Teilen: Der erste Teil war mehr eine Richterkonferenz über die Sozialpolitik der verschiedenen Länder; es wurde ein Überblick gegeben über die Ertragsverhältnisse auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung. Der zweite Teil galt der Schaffung von Grundlagen einer neuer sozialpolitischer Tätigkeit. Hierher gehört die Beratung über die Verkürzung der Arbeitszeit (Achtstundentag), die Einführung von Betriebsräten und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Bevor die Aussprache über den Achtstundentag stand auf der Höhe. Es wurde dabei von mehreren Rednern ausgesprochen, daß der Achtstundentag das Sinnbild der neuen Weltanschauung geworden ist. Es wurde bargelegt, daß durch die kürzere Arbeitszeit die Arbeitskraft nicht mehr so erschöpft und die Zahl der Betriebsunfälle vermindert werden. Die gewonnene Freizeit benötigen die Arbeiter zu ihrer Ausbildung, und obwohl noch keine abschließenden Ergebnisse über die letzten günstigen Auswirkungen des Achtstundentages vorliegen, kann doch schon behauptet werden, daß durch ihn neue, kulturelle Werte geschaffen wurden. Es wurde aber auch ausgesprochen, daß das Problem der Verkürzung nicht durch den Achtstundentag gelöst werden könne, sondern daß dazu notwendig sei die Vervollständigung der Maschinen und Betriebe, großzügige Arbeitsleistung und planmäßige Organisation. Entgegen der Ansicht bürgerlicher Vertreter, daß die Verkürzung der Arbeitszeit unter allen Umständen eine Verkürzung der Arbeiter ergeben müsse, erklärte der französische Genosse Jouhaux namens der Gewerkschafter, daß diese den Grundgedanken der Arbeiter müsse in sich enthalten: *soviel leisten wie in zehn Stunden, nicht in vierzehn.*

Im allgemeinen kann bei dieser Aussprache zum Ausdruck, daß in Anbetracht der Gefahr, daß die sozialpolitischen Fortschritte durch die Reaktion zurückgedrängt werden könnten, dahin gehend werden muß, die internationale Regelung des Achtstundentages zu erreichen. Darum sei mit allen Kräften dahin zu wirken, daß das Washingtoner Abkommen in allen Ländern angenommen und eingehalten wird.

Der Vortrag über die Betriebsräte erregte der österreichische Genosse Dr. Krenner. Seine Forderungen in Bezug auf die Betriebsräte hat er in zehn Teilen zusammengefaßt, auf Grund deren vom vorbereiteten Entwurf eine Entschleunigung ausgearbeitet wurde. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen erklärte Genosse Dr. Krenner, daß die ausgearbeitete Entschleunigung hinter keinen Wünsche zurückbleibe und er sie daher vor dem Kongress nicht verteidigen könne. In der Frage der Betriebsräte sind die drei mitteleuropäischen Freiländer Deutschland, Tschechoslowakei und Österreich der Bestrebungen vorangegangen und auf Grund ihrer guten Erfahrungen mit den Betriebsräten könne der westlichen Ländern nur empfohlen werden, in der Betriebsrätefrage nachzugehen. Die Beschlüsse über das erfolgreiche Wirken der Betriebsräte sind am so wertvoller, da es zum großen Teil bürgerliche Vertreter oder sozialistisch angelegte Personen waren, die ihrer Inhaberschaft Ausdruck gaben. Daß dabei auch von den Arbeitervertretern auf die Mängel der Betriebsräte hingewiesen und deren Befähigung verläugert wurde, versteht sich von selbst. Als besonders notwendig hat sich in der Praxis der Ausbau des Kündigungsschutzes der Betriebsräte ergeben.

Das Ergebnis der Aussprache läßt sich dahin zusammenfassen, daß es für das heutige Rechtssystem insofern notwendig ist, der Arbeiterschaft die eigene Vertretung zur Bekämpfung ihrer Belange zu verweigern; wenn jedes Dörfchen eine eigene Vertretung wählen darf, dann muß das gleiche Recht den Delegierten der Betriebe eingeräumt werden. Die Betriebsräte können aber nur dann erfolgreich wirken, wenn sie in den Gewerkschaften der Arbeiter verankert sind.

Auch die Bekämpfung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nahm einen breiten Raum ein. Die Arbeitslosigkeit ist heute in den meisten Ländern ein schwerwiegendes Problem geworden, denn die Eingliederung der ungeheuren Zahl Arbeitsloser in den Produktionsprozeß wurde noch nicht erreicht. Das Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heißt Arbeit, und wie diese in ausreichendem Maße für alle zu beschaffen sei, wurde auch auf dem Kongress nicht gelagt. All das, was von den Rednern zu diesem Punkte der Tagesordnung gelagt wurde, mag für bestimmte Länder zutrifften, mag für die in der westlichen Welt die Arbeitslosigkeit vermindern, doch wird damit die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschafft, weil eben die Arbeitslosigkeit eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Profitwirtschaft ist und erst mit dieser verschwinden wird. Dessen werden sich auch die Kongressbeschlüsse bewußt gewesen sein, wenn die Frage nach dem Reiz der Arbeiter ist. Durch welche Mittel und Maßnahmen kann eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeigeführt und bei der Arbeitslosen gemindert werden?

Die Arbeiter des Kongresses als Ganzes betonen, daß gelagt werden, daß er im Vergleich zu seinen Vorgängern insofern über den Tag hinausgeht, als er zum Ausdruck brachte, daß die Sozialpolitik nicht mehr als ein Nebenprodukt an die Arbeiter angehängt werden kann, sondern daß die Sozialpolitik selbst angeordnet werden muß, wenn der schwerwiegende gesellschaftliche Zustand soll. Die Sozialpolitik ist ein eigenes Geschäft der höchsten Stufe zu einem Recht der arbeitenden Klasse geworden, und dieses neue Recht muß sich immer mehr und mehr Geltung verschaffen. Die Sozialpolitik hat in den meisten Ländern eine höhere Stufe herbeigeführt. Zum aller ersten Mal in ihrem Leben hat die Arbeiter der Arbeiter der Zeit gesehen, daß wieder zu jenen Tagen und gemeinsamen Ringen ansetzen, werden sie auch in sozialpolitischer Hinsicht sehr bald die Entschleunigung nach demselben Ziel. (Das Besondere der Entschleunigung des Kongresses ist in einer der nächsten Nummern wiederzugeben werden. Schriftlich.)

### Wertsbeurlaubte und Erwerbslosenunterstützung

In der Nr. 36 der MZ wurde unter der Überschrift: Ein unhaltbarer Zustand, behauptet, daß den Wertsbeurlaubten keine Erwerbslosenunterstützung bezahlt werde. Der Reichsarbeitsminister hat nun, wahrscheinlich auf Grund verschiedener Beschwerden, in einem Rundschreiben vom 8. August 1924 bekanntgegeben, daß die Erwerbslosenunterstützung an Wertsbeurlaubte nun doch zu bezahlen ist. Wir lassen die wesentlichen Bestimmungen des Rundschreibens, das den Landesämtern zugegangen und von diesen am 20. September an die Arbeitsämter weitergegeben worden ist, nachstehend folgen und ersuchen unsere Kollegen, überall darauf zu verweisen. Der Reichsarbeitsminister schreibt:

Der Begriff der Erwerbslosigkeit wird nicht zu eng ausgelegt werden dürfen. Voraussetzung der Fürsorge braucht nicht unbedingt eine förmliche Entlassung des Arbeitnehmers zu sein. Vielmehr genügt es, wenn das Beschäftigungsverhältnis tatsächlich beendet ist. Es ist auch ohne Belang, ob die Aufrechterhaltung tariflicher Rechte und sonstiger Vergünstigungen oder über die weitere freiwillige Errichtung sozialer Leistungen durch den Arbeitgeber Abreden getroffen sind. Unzulässig ist aber, daß der Arbeitgeber auf die Arbeitsleistung, der Arbeitnehmer auf das Arbeitsentgelt keinen Anspruch mehr hat. Die Legitimationspapiere braucht der Arbeitgeber beim Arbeitnehmer nicht bereits ausgehändigt zu haben, wohl aber muß er jederzeit dazu bereit sein. Auch Abmachungen über eine spätere Wiederaufnahme der Beschäftigung steht nichts im Wege. Entscheidendes Gewicht ist jedoch darauf zu legen, daß durch solche Abreden die Vermittlung des Arbeitnehmers in andere Arbeit nicht leidet; im Verhältnis zu dem öffentlichen Arbeitsnachweis muß er einem entlassenen Arbeitnehmer in jeder Beziehung gleichstehen. Insbesondere darf er angebotene Arbeit auch dann nicht ablehnen, wenn sich ihre Dauer voraussichtlich über den Zeitpunkt hinaus erstreckt, der in den Vereinbarungen mit dem alten Arbeitgeber als Zeitpunkt einer etwaigen Wiederaufnahme der Beschäftigung vorgesehen ist.

Unter diesen Voraussetzungen glaube ich gegen die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an derart beurlaubte Arbeitnehmer keine Einwendungen erheben zu sollen. Mich leitet dabei namentlich die Erwägung, daß die Wertsbeurlaubung in den Gegenden, in denen sie sich eingebürgert hat, dazu beiträgt, daß den Betrieben ihre eingearbeiteten Arbeitskräfte und diesen ihre Arbeitsplätze auch in Zeiten schlechten Geschäftsganges nicht verloren gehen. Beide Wirkungen werden im allgemeinen nur als erwünscht angesehen werden können. Allerdings darf die Aufnahme Wertsbeurlaubter in die Erwerbslosenunterstützung nicht dazu führen, daß der Arbeitgeber auf diese Weise Kosten, die er sonst selber tragen würde, auf die Fürsorge abwälzt.

Unbedingt ist ferner darauf zu sehen, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise die Wertsbeurlaubten bei der Vermittlung in andere Arbeit genau so wie förmlich entlassene Erwerbslose behandeln, das heißt weder wegen des gewissen Rückhalts, den die Wertsbeurlaubten noch in ihren alten Betrieben haben, ihnen geringeres Interesse widmen, noch darauf Rücksicht nehmen, daß Wertsbeurlaubte Arbeit bei einem neuen Arbeitgeber regelmäßig weniger gern übernehmen werden, als förmlich entlassene Erwerbslose.

### Sarkhöflich und wundergläubig

Wie die christliche Kirche, so ist auch die christliche Arbeiterbewegung gespalten. Über die eigentlichen Ursachen der Spaltung laun der Parteiverschiedener Meinung sein. Zuweilen will es ihm scheinen, als ob es die Verschiedenheit der Weltansichten zum Himmel sei, mitunter kommt es ihm vor, als ob es die geistige Rückständigkeit auf Erden wäre. Die letztere muß man annehmen, wenn man das Blatt der katholischen Arbeitervereine, den Arbeiter sieht. Steht da in seiner Nummer vom 20. September unter der Überschrift *Dein G a p m a h l* geschrieben:

*Es ist nicht überflüssig, immer wieder zu betonen, daß vom Sozialismus in gar keiner Weise Heil und Rettung für die wirtschaftliche Lage der Menschheit zu erwarten ist. Der Sozialismus ist eine der größten und gefährlichsten Fehllehren, die jemals an die Menschheit herangebracht wurden...*

Wir denken natürlich nicht daran, auf diesen Unsinn etwas zu erwidern, sondern wollen durch seine Wiedergabe bloß zeigen, was heute noch christlichen Arbeitern zu bieten genagt wird. Auf welche Weise nach Meinung des christlichen Blättchens der Menschheit Heil und Rettung werden kann, offenbar es einige Seiten weiter hinten, wo in allem Ernste berichtet wird, daß ein Mädchen bei der Entammentoperation in Lourdes von einem alten Rückenmarkleiden geheilt worden sei.

Nach dem Segen mit dem Allerheiligsten versprühte sie einen schmerzlichen Sud und sie sprang völlig geheilt auf... Der Einbruch des Wanders war unbeschreiblich.

Wenn solche Wunderdinge möglich sind, dann ist es allerdings zu verstehen, daß es sich die Oberhirten der katholischen Arbeitervereine angelegen sein lassen, die Proleten von der sozialistischen Bewegung abzuhalten. Wenn man an einem bestimmten Ort durch Wundergläubigen von einem alten Rückenmarkleiden geheilt werden kann, so mag logischerweise auf die gleiche einfache Weise auch der ausgebeutete Proletarier von seinen Gebrechen und Wunden, von seinem Hunger und seiner schweren Fron erlöst werden. Das wird die christlichen Arbeiter wie ihre Unternehmern höchlich freuen. Warum veranlassen die Oberhirten der katholischen Arbeitervereine nicht ihre Mitbürger Typen, Rücken usw., daß sie ihren Arbeitern eine Freifahrt nach Lourdes gewähren? Die Arbeiter würde sich wirklich lohnen. Denn dadurch könnten die Schwerindustriellen der sozialistischen Bewegung das Wasser abgraben, ihren Arbeitern das Regenwasser abzugeben und sie sich selbst einen triftigen Grund zu neuer Lohnföhrung verschaffen.

### Nichtigstellung

des Eigenbegriffs des emeritierten Verlags.  
In Nr. 40 der MZ Seite 138 20. Zeile oben links und in der Jugendzeitung Nr. 41 Seite 277 20. Zeile oben rechts muß es heißen: *Reich Betriebsversammlungen Parteierversammlungen.*

## METALLARBEITER NOTIZ-KALENDER

# 1925

Erscheint in den nächsten Tagen.

Bestellungen nimmt entgegen:  
jede Ortsverwaltung und  
jeder Vertrauensmann

Preis 80 Pfg.

STUTTGART-ALEXANDER SCHUCKE & CO

### Bei Bewöhrung Verheiratung gestattet

Die deutsch-nationale Syder Zeitung enthielt kürzlich folgendes Gesuch:

Gelehrter Motoren-Ingenieur  
für elektrische Licht- und Kraftanlage, Motorflug und  
Luftauto für sofort gesucht.  
Bei Bewöhrung Verheiratung gestattet.  
Domäne Drozdowen bei Komahnen.

Die aus dem Gesuch sprechende Gestesverfassung macht es verständlich, daß im östlichen Rußland Paradiese Leutenot herrscht. Das Gesuch erinnert aufs neue daran, was in Deutschland noch zu tun ist, um seinem Namen einen guten Klang in der Kulturwelt zu verschaffen.

**Karl Wintelmann** †. Der Böttcherverband hat durch den Tod seines bisherigen Vorsitzenden **Karl Wintelmann** einen herben Verlust erlitten. Wintelmann schloß sich schon frühzeitig der sozialistischen Arbeiterbewegung an. Schon während des Sozialistengesetzes stand er als Kämpfer in den vorbersten Reihen. Den Vorsitz im Böttcherverbande hat er 27 Jahre hindurch geführt. Daneben hat er sich auch politisch hervorragend betätigt. In Bremen genog er lange Zeit großes Vertrauen, so daß er als Mitglied in die Nationalversammlung und in die provisorische Regierung Bremens im Jahre 1919 berordert wurde. Der Verstorbenen hat ein Alter von 58 Jahren erreicht. Über seinen Verband hinaus hat er sich ein dauerndes Ansehen erworben.

### Schriftenbau

**Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924.** Herausgegeben vom Vorstand der Bergarbeiter Deutschlands. 80 Seiten. Preis 75 P im Buchhandel, für Gewerkschaftsmitglieder durch die gewerkschaftliche Organisation 40 P. Zu beziehen durch die Firma Hansmann & Co., Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38/42. — Im Mai 1924 tobten die sozialen Kämpfe in den schwarzen Kohlenrevieren Deutschlands. Die Bergarbeiter verteidigten die Daseinsrechte der gesamten deutschen Arbeiterschaft gegen den gewaltigen Unternehmertroß der Schwerindustrie, gegen Verflaumungsabsichten und politische Reaktionen. Über die Ursachen, den Verlauf, das Ende und die Ergebnisse dieser schweren, sozialpolitischen Auseinandersetzungen hat jetzt die größte und maßgebendste der an diesem Kampf beteiligten Bergarbeiterorganisationen eine Broschüre herausgegeben, die in der Öffentlichkeit das größte Interesse erwecken muß. Die Katastrophenpolitik der Beherrscher der deutschen Schwerindustrie, der bis zum Volks- und Landeserrat gesteigerte Klassenegoismus der schwerindustriellen Machthaber, das widerliche Gebaren der tausendgestaltigen, kapitalistischen Helfershelfer, die zersetzende und ägende Verleumdungstätigkeit der kommunistischen Bürgerkriegspropaganda, das verbroderliche Spiel mit dem Leben Hunderttausender Bergarbeiterkinder und -frauen, die geradezu mütterliche Selbstbeherrschung der kämpfenden Bergarbeiter, der Glaube an eine bessere Zukunft. — Bild an Bild rollt an uns vorüber, voll erschütternder Tragik. Die Broschüre gehört mit zu den unentbehrlichsten Waffen der Arbeiterschaft im Kampfe um die Verteidigung ihrer gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Positionen.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung in Frankreich und in den Vereinigten Staaten. Von Charles Gide und James Peter Warbasse, mit einem Schlußwort von Robert Wilsbrandt. Verlag Dunder & Humblot, München-Leipzig. Preis 1,60 M.

### Allgemeine Kranken- und Sterbetafel der Metallarbeiter (V. a. G.), Hamburg

Der Aufsichtsrat hat sich wieder konstituiert und wiederum den Kollegen Deutschmann mit der Führung der Korrespondenz sowie mit der Verwaltung des Unterstützungsfonds beauftragt. Es wird daher erlucht, alle für den Aufsichtsrat bestimmten Sendungen an den Unterzeichneten einzuführen: **Paul Deutschmann**, Berlin D. 34, Löwestr. 27. Gelder für den Unterstützungsfonds an die Adresse: **Paul Deutschmann**, Berlin, Postfachkonto 6056.  
Mit Gruß  
Der Aufsichtsrat.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 19. Okt. ist der 43. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Oktober 1924 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

| Verwaltung           | Für Mitglieder der Beitragsklasse:  |    |     |    | Beginn der Beitrags-erhebung |
|----------------------|-------------------------------------|----|-----|----|------------------------------|
|                      | I                                   | II | III | IV |                              |
| Kallmitz             | 5                                   | 5  | 5   | 5  | 40. Woche                    |
| Oschag               | 5                                   | 5  | 5   | 5  | 42. "                        |
| Wilhelmshaven-Müstr. | Einmalig 3 Mark für alle Mitglieder |    |     |    | 40. "                        |

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

**Auf Antrag der Verwaltungstelle München:**  
Der Eisenbreiter **Benno Doll**, geb. am 14. Juli 1871 zu Hohenheim, Mitgliedsbuch Nr. 217844, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

**Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:**  
Auf Antrag der Verwaltungstelle Osterode a. Harz:  
Der Schlosser **Emil Jäger**, geb. am 4. Dezember 1898 zu Buttstedt, Mitgliedsbuch Nr. 3,671,029, wegen unrechtmäßigem Bezug von Mitgliedsbuch.

Stuttgart, Mühlstraße 16. Der Vorstandsvorsitz.

### Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Hamburg;  
von Formern und Gießereiarbeitern nach Rosenheim (H. L. Stumbe & Co.) D.;  
von Hammereschmiedern nach Summerbach (Gebrüder Höfer, Kaiser) D.;  
von Metallarbeitern aller Branchen nach Aue (Firma Erzgeb. Schmittwerkzeug- und Maschinenfabrik Schwarzenberg) D.; nach Bayreuth (Eisenwerk Hensel) D.  
D = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St = Streik; K = Kahrregelung; Ri = Mißstände; A = Auslieferung.  
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

### Verbandsanzeigen

Gen.-Anz. Als Kassierer wurde der Kollege **Wilhelm Steinhauer** (Stutt) gewählt. Allen Bewerbern Dank.  
Danz und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Altheimstraße 16.